

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

"Das Schweizer Stimmvolk hat heute den Weg der Vernunft gewählt und liess sich nicht vor den Wagen der Isolationisten spannen." zeigt sich SP-Präsident Christian Levrat zufrieden. Das Ja zur Personenfreizügigkeit war eindeutig.

Der „Listenparteitag“ in Singen brachte nicht nur Zufriedenheit zuwege. Zu wenig sichere Plätze waren für teilweise hervorragend qualifizierte BewerberInnen zu vergeben.

Überraschung: Frank (neuerdings ohne Walter) Steinmeier kann ja frei reden – und er kann auch Humor. Die „schdändig Oweischens“ waren berechtigt.

Das Konjunkturpaket II lässt hoffen, dass die Folgen der Krise abgemildert werden. Das Thema bleibt: Was man von den Banken hört lässt Schlimmeres ahnen.

es grüßt Sie
die Redaktion
Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Aus dem Inhalt

- Erster Bürgerpräsident – Konjunkturpaket II 2-4
- 1. Rede einer Frau in Parlament - Mittel aus Paket für jede Kommune - Europawahl im Blick – Deutsche im Ausland dürfen wählen – SPD-Landesparteitag in Singen - Anregung an Landesvorstand – noch eine Anregung - 4-9
- Kreisverband Bodensee – Norbert Zeller: Gemeinde ersüft im Verkehr – Hürden beseitigt – Bodenseekreis bekommt nur 1,5 Mio – Für B 31 schlechte Nachricht – Zeller für Reisezentrum 9-11
- SPD-Antrag im Kreistag – Land wird über Tisch gezogen – Aktiv im Alter – Unsere Delegierten - Glückwunsch 11-12
- SBI: SP CH: Großer Erfolg für Zusammenarbeit SP SG: Kompromiss zustimmen! – SP fordert Abschaffung der Pauschalsteuer – Rotes Konjunkturpaket für SG - SGKB muss erfolgreich bleiben – Wirtschaftskrise ernst nehmen – Kanton TG: Danke für den vernünftigen Entscheid 13-17
- SPÖ Vorarlberg: Indexanpassung Familienförderung – Schmied setzt Reformen um – Was geschah am 14.02.1934? 17-19
- Kreis BC und MdB Gerster: Starkes Team-Wiedersehen macht Freude – Sicherer Listenplatz 13 – Sportstätten profitieren – Termine 19-21
- Einladung nach Tettngang 22

11. Februar 1919: Der erste Bürgerpräsident

Zur Wahl von Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten im Februar 1919 erklärt der SPD-Parteivorsitzende, **Franz Müntefering**:

Die 9er Jahre waren in der deutschen Geschichte oft solche mit besonderen Ereignissen, schlimmen oder erfreulichen.

Einige dieser Ereignisse werden im politischen Jahresablauf 2009 eine Rolle spielen:

Das Inkrafttreten des Grundgesetzes, eines der wichtigsten deutschen Texte - 1949.

"Mehr Demokratie wagen", der Aufruf von Bundeskanzler Willy Brandt an das Land, das Vermiefte und Reaktionäre hinter sich zu lassen - 1969.

Der Fall der Mauer, als mutige Männer und Frauen in der DDR aufstanden und diese Mauer einrissen - 1989.

Auch 1919 - vor 90 Jahren - war ein solch besonderes Jahr für Deutschland. Am 19. Januar 1919 wurde erstmals in Deutschland frei, geheim, direkt und gleich gewählt, zum ersten Mal überhaupt konnten Frauen aktiv mitmachen und gewählt werden.

Am 11. Februar jährt sich zum 90. Mal die Wahl des Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten demokratisch gewählten Staatsoberhaupt in Deutschland - erstmals ein Bürger an der Spitze des Landes, einer "aus dem Volke". Eine große Mehrheit der in Weimar zusammengekommenen verfassunggebenden Nationalversammlung wählte ihn zum Reichspräsidenten. In schwierigster Zeit mit hoher persönlicher Integrität, Umsicht und demokratischem Selbstbehauptungswillen führte er das Amt bis zu seinem Tode im Februar 1925.

Im Rückblick wird die Phase der ersten Deutschen Demokratie - 1918 bis 1930/33 - vor allem und oft ausschließlich als das Scheitern der demokratischen Kräfte gesehen. Ein Scheitern war es auch.

Aber das sagt wenig über die aus, die wie Friedrich Ebert verantwortungsbewusst und entschlossen für diese Demokratie kämpften.

Sie haben getan, was möglich war. Dass damals zu wenige aktive Demokraten waren, dass zu viele die Demokratie mit Indifferenz, oft mit Spott und Hass belegten, das schmälert nicht die grundlegende Arbeit von Friedrich Ebert und anderen Demokratinnen und Demokraten ihrer Zeit.

Deshalb hat er auch heute unsere Aufmerksamkeit und unsere Würdigung verdient.

Die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten war Symbol des grundlegenden politisch-gesellschaftlichen Wandels nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann. An die Stelle des deutschen Kaisers von Gottes Gnaden trat der aus einer Handwerkerfamilie in Heidelberg stammende gelernte Sattler Friedrich Ebert.

Ebert war in der Sozialdemokratie Bremens aufgestiegen. 1913 wurde er auf Reichsebene zum Nachfolger August Bebels - neben Hugo Haase - zum SPD-Vorsitzenden gewählt und übernahm bald darauf auch das Amt des Fraktionsvorsitzenden. Während des Ersten Weltkriegs hatte Ebert 1917 maßgeblichen Anteil an der Durchsetzung der Reichstagsresolution, die einen Verständigungsfrieden forderte. Nach dem 9. November 1918 trat der überzeugte Reformist Friedrich Ebert als Vorsitzender der provisorischen Reichsregierung des Rates der Volksbeauftragten - wie die große Mehrheit der revolutionären Arbeiterschaft - für die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung ein. Die äußerste Linke, insbesondere die KPD, suchte dies mit Gewaltmitteln zu verhindern. Eberts Ziel war die Schaffung einer sozialen Demokratie.

Ebert eröffnete am 5. Februar 1919 die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar und wurde wenige Tage später Reichspräsident. Er proklamierte die Abwendung von Militarismus, Machtpolitik und Obrigkeitsstaat und forderte in Anknüpfung an die Tradition von 1848 den demokratischen Volksstaat.

Ebert hatte als Reichspräsident existentielle Probleme zu lösen: Die Einheit des Reiches war gefährdet, Putschversuche von links und der Kapp-Lüttwitz-Putsch von rechts drohten die junge Demokratie zu zerstören, das fragmentierte Parteiensystem war unfähig, stabile Regierungen zu bilden.

Ebert musste erleben, dass er von der politischen Rechten mit einer Diffamierungskampagne überzogen wurde, gegen die juristisch vorzugehen ihm und seinen Anwälten misslang. Dass man ihn - der Dolchstoßlegende folgend - als Landesverräter ungestraft denunzieren konnte, hat den Patrioten Friedrich Ebert tief getroffen und zu seinem frühen Tod erheblich beigetragen.

Friedrich Ebert ist eine bedeutende Gestalt der deutschen Demokratiegeschichte. Er verdient es, dass nicht nur die Sozialdemokratie, sondern alle Demokraten sich mit Respekt an ihn erinnern - den ersten demokratisch gewählten Präsidenten in Deutschland, der mit seiner ganzen Person für die erste deutsche Republik einstand. Aus der Geschichte Eberts und der Weimarer Republik lässt sich immer noch lernen.
Franz Müntefering **MdB, Parteivorsitzender**

Konjunkturpaket II

Handeln für Stabilität und Beschäftigung

Am 13. Februar 2009 wurde das Gesetzkpaket für das Konjunkturpaket II in 2./3. Lesung auf den Weg gebracht. Das Paket beinhaltet den Gesetzentwurf zum „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ (Drs. 16/11740, 16/11801), die Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer (Drs. 16/11742, 16/11902) und die damit verbundene Änderung des Grundgesetzes (Drs. 16/11741, 16/11901) sowie den Nachtragshaushalt 2009 (Drs. 16/11700, 16/11921).

Mit dem zweiten Konjunkturpaket sollen vor allem folgende Ziele erreicht werden: Arbeit sichern, Menschen stärken, Zukunftsmärkte erschließen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft voranbringen. Die Maßnahmen sollen mit einem kurzfristigen Impuls die Binnenkonjunktur stützen, aber vor allem unser Land und die Menschen in der Krise strategisch stärken. Für eine innovative Wirtschaft, die auf nachhaltiges Wachstum setzt. Für eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, weil die Kreativität unserer Kinder und aller Menschen Deutschlands wichtigste Produktivkraft sind. Für eine gerechte Gesellschaft, in der jeder Mensch eine faire Chance erhält, in der niemand abgestempelt oder zurückgelassen wird. Zusammen mit den schon beschlossenen Maßnahmen setzt der Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland insgesamt über 80 Milliarden Euro zielgerichtet für die Überwindung der Krise und die umfassende Modernisierung des Landes ein. Das sind ein massiver Wachstumsimpuls und eine starke Antwort auf die Auswirkungen der globalen Rezession.

Sozialdemokratische Handschrift

Das zweite Konjunkturpaket geht im Wesentlichen auf den von Frank-Walter Steinmeier entwickelten Wachstums- und Stabilitätspakt zurück. Somit trägt der Maßnahmenkatalog eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Das Paket mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro setzt auf einen Mix an Maßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen, verstärken, rasch und nachhaltig und nur miteinander wirken.

1. Maßnahmen mit kurz- und mittelfristiger Wirkung

Entlastung der privaten Haushalte

- **Senkung der Einkommensteuer:** Rückwirkend zum 1.1.2009 sinkt der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent. Außerdem erhöht sich der Grundfreibetrag auf 7.834 Euro in 2009, auf 8.004 Euro in 2010.

- **Senkung der Krankenkassenbeiträge:** Zum 1.7.2009 sinkt der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,9 Prozent.
- **Kinderbonus:** Für jedes Kind gibt es einen einmaligen Bonus in Höhe von 100 Euro. Kindergeldempfänger erhalten es automatisch von der Familienkasse.
- **Zusätzlicher Kinderregelsatz:** Die Regelsätze für 6 bis 13-jährige Kinder von Hartz-IV-Empfängern werden auf 70 Prozent (monatlich 35 Euro mehr) erhöht.

Kredit- und Bürgschaftsprogramm für die Wirtschaft

- **Stärkung Mittelstand:** Zur Sicherung der Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wird das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) für mittelständische Unternehmen (mit bis zu 250 Mitarbeitern) weiter ausgeweitet. So werden 2009 und 2010 auch größere Unternehmen (bis 1.000 Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland) gefördert.
- **Stärkung größerer Unternehmen:** Die Kreditversorgung der Wirtschaft soll gesichert werden. Im Rahmen weiterer Kredit- und Bürgschaftsprogramme wird analog zum KfW-Sonderprogramm 2009 auch ein Kreditprogramm für größere Unternehmen aufgelegt. Auch dafür werden strenge Kriterien aufgestellt.
- **Ausweitung der Exportfinanzierung:** Erweiterung der bundesgedeckten Exportfinanzierung.
- **Stärkung der Pkw-Nachfrage:** Zur Ankerbelegung des Neuwagenverkaufs erhält jeder, der einen mindestens seit einem Jahr auf ihn zugelassenen, neun Jahre oder älteren Pkw verschrottet und einen Neuwagen oder einen Jahreswagen kauft, eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro.
- **Umstellung der Kfz-Steuer:** Zum 1.7.2009 wird die Kfz-Steuer umgestellt: Unter anderem wird sich die Steuer am CO₂-Ausstoß orientieren und besonders umweltschonende Pkw werden begünstigt. Gleichzeitig wird die Entwicklung von umweltfreundlichen Motoren stärker gefördert.
- **Leistungsfähige Breitbandnetze:** Der Ausbau der Breitbandnetze für das Internet wird massiv vorangetrieben, damit auch ländliche Regionen einen schnellen Zugang zum Internet bekommen.

Qualifikationsoffensive für Arbeitnehmer

- **Neue Ausgestaltung der Kurzarbeit:** Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt die Hälfte der auf Kurzarbeit entfallenden Sozialbeiträge. Nutzt ein Arbeitnehmer die Kurzarbeit zur Weiterbildung, übernimmt die Bundesagentur die Sozialbeiträge komplett. Zudem wird die Beantragung von Kurzarbeitergeld vereinfacht.
- **Weitere Qualifizierungsmaßnahmen:** Das Sonderprogramm WeGebAu für ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmer wird weiter ausgebaut. Außerdem gibt es zusätzliche Mittel für

Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitsuchende, junge Menschen ohne Berufsausbildung und Jugendliche ohne Lehrstelle.

- **Arbeitslosenversicherung:** Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung bleibt bis Ende 2010 bei 2,8 Prozent.
- **Verbesserungen für Leiharbeit:** Arbeitgeber, die in Leiharbeit beschäftigte Arbeitnehmer wieder einstellen, erhalten Zuschüsse zu deren Qualifizierung. Weiterhin ist ein Mindestlohn für Leiharbeiter geplant.
- **Aufstockung der Arbeitsagenturen:** Die Arbeitsagenturen erhalten 5.000 zusätzliche Vermittlerstellen.

2. Maßnahmen mit kurz- und langfristiger Wirkung

- **Nachhaltige Zukunftsinvestitionen:** 4 Milliarden Euro investiert der Bund zusätzlich in die Infrastruktur, weitere 10 Milliarden Euro fließen vom Bund im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms in die Städte und Gemeinden.
- **Zukunftsinvestition Bildung:** Mit umfangreichen Finanzmitteln werden Kindergärten, Schulen und Hochschulen saniert und ausgestattet sowie in Forschung investiert.
- **Zukunftsinvestition Infrastruktur:** Weitere Mittel fließen in den Städtebau, Lärmschutz, Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude. Darüber hinaus wird vermehrt in den Ausbau und die Erneuerung von Straßen, Schienen und Wasserstraßen investiert.
- **Zukunftsinvestition Klimaschutz:** Die Investitionsmaßnahmen in Bildung und Infrastruktur erfolgen unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Energieeffizienz.
- **Beschleunigung von Investitionen:** Um eine schnelle Vergabe der den Kommunen zur Verfügung gestellten Finanzmitteln zu ermöglichen, wird das Vergaberecht für Aufträge vereinfacht.

3. Maßnahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik

- **Vorübergehende Neuverschuldung:** Zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine vorübergehende Erhöhung der Staatsverschuldung unumgänglich. An dem Ziel einer langfristig soliden und tragfähigen Finanzpolitik wird aber weiterhin festgehalten.
- **Tilgungsregeln:** Die neuen Schulden, die zur Finanzierung des Paketes notwendig sind, sollen schnellstmöglich wieder abgebaut werden. In das Gesetz, das den Sonderfonds zur Finanzierung vieler Maßnahmen errichtet, werden deshalb klare Tilgungsregeln aufgenommen.
- **Schuldenbremse:** Darüber hinaus ist die Einführung und Verankerung einer Neuverschuldungs-

regel (Schuldenbremse) im Grundgesetz geplant (Föderalismusreform II). Danach soll eine gesamtstaatliche Verschuldung der öffentlichen Haushalte in normalen Konjunkturlagen künftig nur noch in Höhe von maximal 0,35 Prozent des BIP zulässig sein.

Nachtragshaushalt 2009

Der Nachtrag zum Bundeshaushalt 2009 sieht eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 36,8 Milliarden Euro vor. Der Nachtragshaushalt schafft die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Umsetzung des Pakts für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland. Er berücksichtigt insbesondere die Steuermindereinnahmen, die sich durch Maßnahmen zum Pakt für Beschäftigung und Stabilität ergeben. Darüber hinaus stellt er den zusätzlichen Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 3,2 Milliarden Euro in Rechnung. Schließlich berücksichtigt er bereits feststehende Mehrbelastungen bei den Steuern, etwa durch die Entfernungspauschale, und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Nettokreditaufnahme in Höhe von 36,8 Milliarden Euro liegt um 8,1 Milliarden Euro über der Summe der im Haushaltsplan 2009 veranschlagten Investitionen. Nach Artikel 115 Grundgesetz darf die Nettokreditaufnahme die Investitionen nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts überschreiten. Diese Konstellation ist im Jahr 2009 gegeben: Deutschland erlebt in diesem Jahr eine der heftigsten Rezessionen seiner Geschichte.

Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes bleibt unverändert gültig. In der außergewöhnlichen Situation des Jahres 2009 müssen jedoch vorrangig die wirtschaftliche Substanz des Landes gesichert und die Aufschwungkkräfte gestärkt werden. Deshalb wird der für 2011 angestrebte Haushaltsausgleich vorübergehend zurückgestellt. Dies ist auch deswegen verantwortbar, weil mit der unter rot-grün begonnenen Konsolidierung die öffentlichen Haushalte mit großen Anstrengungen wieder auf ein solides Fundament gestellt wurden. Sobald der nächste Aufschwung einsetzt, wird der Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt werden. Das ist den Sozialdemokraten mit Blick auf die kommenden Generationen besonders wichtig.

Weitere ausführliche Informationen unter www.spdfraktion.de

Vor 90 Jahren:

Die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament

*Die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament jährt sich am 19. Februar zum 90. Mal. Die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und Mitglied des SPD-Präsidiums, **Elke Ferner** MdB, würdigt die Sozialdemokratin **Marie Juchacz** und erklärt hierzu:*

Der 19. Februar 1919 zählt zu den bedeutendsten Tagen der deutschen Parlamentsgeschichte: [Marie Juchacz](#), Abgeordnete der SPD, hielt als erste Frau eine Rede in einem demokratisch gewählten Parlament in Deutschland, in der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Nur drei Monate zuvor war das Frauenwahlrecht Gesetz geworden. Damit wurde zum ersten Mal in einem deutschen Parlament eine Frau als Abgeordnete „zum Wort aufgerufen“. Schon ihre Anrede „Meine Herren und Damen!“ erregte bei den männlichen Zuhörern große Heiterkeit. Davon ließ Marie Juchacz sich jedoch nicht abhalten, ihre Stimme für die junge Demokratie zu erheben. Die politische Gleichstellung begriff sie als Chance für die Frauen, nun endlich ihre „Kräfte zur vollen Entfaltung“ zu bringen und sich in die drängenden Probleme ihrer Zeit einzumischen. Das aktive und passive Wahlrecht war für sie nur der erste Schritt dazu, mit „angestregtester und zielbewusstester Arbeit den Frauen im staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Leben zu der Stellung zu verhelfen, die ihnen zukommt.“ - so der Auftakt ihrer engagierten Rede.

Im Wahljahr 2009 wird jede Stimme zählen; jede und jeder ist dazu aufgerufen und in der Verantwortung, sich an den kommenden Abstimmungen zu beteiligen. Eine starke Demokratie braucht aber mehr, als die „Stimme abzugeben“. Frauen müssen ihre Stimme auch erheben, sich aktiv einmischen in die Politik, wenn sich etwas bewegen soll. Wir ermutigen Frauen, sich mit ihren Ideen, Anliegen und Fähigkeiten aktiv einzubringen, wenn es um die politische Gestaltung unserer Gesellschaft geht.

Runter von den Zuschauerrängen und rauf auf die politische Bühne!

Zwar ist der Frauenanteil in den Parlamenten im Vergleich zu 1919 deutlich gestiegen. Ausgerechnet die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft dagegen sind der am besten ausgebildeten Frauengeneration, die unser Land je hatte, aber weitgehend versperrt. In den Vorständen der 30 DAX-Unternehmen finden sich gerade einmal zwei Frauen. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Deutschland im EU-Vergleich besonders hoch. Gleicher Lohn für gleich(wertig)e Arbeit, mehr Frauen in die Führungsetagen von Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und Lehre sowie ein Mindestanteil von Frauen in Aufsichtsräten – das sind die Aufgaben

für die nächste Wahlperiode. Die freiwillige Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Wirtschaft hat noch nicht einmal in Ansätzen gewirkt. Frauen wollen, dass Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes jetzt endlich in allen Bereichen zur Realität wird.

Elke Ferner, MdB

SPD:

Jede Kommune in Baden-Württemberg muss Mittel aus dem Konjunkturpaket verwenden können

Fraktionschef Claus Schmiedel fordert die Bundeskanzlerin in Brandbrief dazu auf, die Vorgaben für das Programm zu ändern.

Landesregierung folgt bei Programm im Land weitgehend den Vorstellungen der SPD

Jede zweite Kommune im Land müsse wohl auf die Mittel aus dem Konjunkturpaket verzichten, wenn die bisherigen rechtlichen Vorgaben nicht geändert würden, erklärte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Er fordert deshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Brandbrief dazu auf, diese Vorgaben zu ändern. „Alle Städte und Gemeinden müssen die ihnen zustehenden Mittel ohne negative Folgen in voller Höhe ausgeben können“, forderte Schmiedel. Angesichts der Vorgabe sei denkbar, dass das Geld zurückgezahlt werden müsse. Auch die Kommunen in anderen Bundesländern hätten damit Probleme. Schmiedel verlangt deshalb von der Bundeskanzlerin, die rechtlichen Vorgaben für das Konjunkturpaket „zur Chefsache zu machen“. Sie müsse gewährleisten, dass die Hilfsmittel tatsächlich so schnell wie möglich von den Kommunen verwendet werden könnten.

Die Vorgabe in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zielt darauf ab, lediglich zusätzliche Investitionen zu unterstützen. Diese Investitionen müssen im Zeitraum 2009 bis 2011 in den Gemeinden höher sein als zwischen 2006 und 2008. Das aber sei angesichts der hohen Ausgaben der vergangenen Jahre nicht möglich, sagte Schmiedel. Diese Vorgabe müsse deshalb gestrichen werden. Nur wenn die Kommunen die Mittel schnell investieren könnten, sei es auch möglich, die Krise schnell zu bekämpfen.

Mit der geplanten Umsetzung des Programms im Land ist die SPD weitgehend einverstanden, da Mi-

nisterpräsident Günther Oettinger (CDU) ihre Vorschläge in großem Umfang aufgegriffen habe. „Wir freuen uns, dass die Landesregierung die Mittel den Kommunen weitgehend pauschal zur Verfügung stellen will, wie wir es auch gefordert haben“, sagte Fraktionschef Claus Schmiedel. Nur so sei tatsächlich gewährleistet, dass die Zuschüsse so schnell wie möglich ausgegeben werden könnten.

Einen großen Wermutstropfen sieht die SPD allerdings darin, dass die Landesregierung den Umfang der eigenen Mittel nicht erhöht. So sollen für den Wohnungsbau lediglich zehn Millionen Euro fließen, die SPD hatte 100 Millionen Euro gefordert. „Es ist für uns absolut unverständlich, dass die Landesregierung hier nicht nachgibt“, sagte Schmiedel. Schließlich könne die Wirkung des Programms durch diese Förderung deutlich verstärkt werden: Jede Ausgabe vergrößere sich durch Privatinvestitionen um das Siebenfache. Schmiedel: „Die Wirtschaft hätte hier von große Vorteile gehabt und viele Familien hätten mehr bezahlbare Wohnungen erhalten.“

Bedauerlich sei auch, dass die Landesregierung sich weigere, die Familien zu entlasten. „Ohne Sonderlasten wie Kindergarten- und Studiengebühren würden die Eltern mit Kindern deutlich besser dastehen“, betonte Schmiedel.

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

Die Europawahl im Blick

Unionsbürger und -bürgerinnen aufgepasst!



Die in Deutschland lebenden Unionsbürger und Unionsbürgerinnen aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind bei der Kommunalwahl und bei der Europawahl am 7. Juni 2009 wahlberechtigt. Doch aufgepasst! Während bei der Kommunalwahl der Eintrag in das Wählerverzeichnis automatisch von Amtswegen erfolgt, muss bei der Europawahl vorab ein Antrag auf die Eintragung bei der örtlichen Stadt- oder Gemeindeverwaltung gestellt werden. Dieser Eintrag muss spätestens 21 Tage vor dem Wahltermin, als am 17. Mai 2009 um 16.00 Uhr, erfolgt sein. Der Eintrag ist nur einmal erforderlich und muss nicht bei künftigen Wahlen wiederholt werden.

An den vergangenen Wahlen haben sich laut Angaben des Innenministeriums Baden-Württemberg nur wenige Unionsbürger und -bürgerinnen an den Europawahlen beteiligt.

1999 waren es nur 1,4 Prozent der wahlberechtigten Unionsbürger und -bürgerinnen im Land. 2004 waren es nur 6,3 Prozent.

Auch Deutsche im Ausland können wählen

Deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die im Ausland leben und nicht in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet sind, können auch an der Europawahl per Briefwahl teilnehmen. Dafür müssen sie sich in der Stadt oder Gemeinde, in der sie zuletzt gewohnt haben, bis zum 17. Mai 2009 in das dortige Wählerverzeichnis eintragen lassen.

Der Bundeswahlleiter bietet im Internet ein Serviceangebot zum Wahlrecht und zu den zu beachtenden Wahlmodalitäten für Deutsche im Ausland an, unter: www.bundeswahlleiter.de.

Quelle: Europa-Aktuell 2-2009

SPD-Landesparteitag in Singen

Die Stadthalle Singen, gleich neben dem Rathaus in der Hegaustadt, im Jahr 2007 neu gebaut und eingeweiht, war Schauplatz des diesjährigen „Listen-Parteitages“ der SPD Baden-Württemberg für die Bundestagswahl am 27. September. Die Halle hat mittlerweile einen guten Ruf als das modernste Veranstaltungs- und Tagungszentrum zwischen dem Schwarzwald und dem westlichen Bodensee.

Singen wurde 787 als „Sisinga“ erstmals urkundlich erwähnt. Damals gab es noch keine organisierten Sozialdemokraten. Und gesungen wurde bei dem SPD-Landesparteitag auch nicht. Die Hegau-Stadt wurde im Spätmittelalter und dann nochmals 1632 und 1775 an Österreich verkauft und wurde mit der Ansiedlung des Schweizer Unternehmens Maggi „Maggi in die Suppe“) 1887 zu einer ansehnlichen Industriemetropole und zu einem Eisenbahn-Verkehrsknotenpunkt. 1805 kam Singen an Württemberg und erst 1810 an das Großherzogtum Baden.

Zu Beginn der NS-Diktatur wurde im März 1933 die Herausgabe der SPD-Zeitung „Volkswille“, die im Verlagshaus Thurgauer/Ekkehardstraße hergestellt wurde, von den Nazis verboten. Gegen Ende des 2. Weltkrieges war jeder 6. Bewohner unter der Festungsrue Hohentwiel ein Bürger der damaligen Sowjetunion, bedingt durch die vielen Männer, Frauen und Kinder, die als Zwangsarbeiter nach Singen in die örtlichen Industrieunternehmen verschleppt wurden. Sie lebten in 17 verschiedenen Lagern, an die ein „Ausländer-Ehrenmal“ auf dem Waldfriedhof erinnert. Singen hat heute 46 000 Einwohner und belegte 2007 den 2. Platz in Deutschland mit der Zahl der gemessenen Sonnenstunden!

Die meisten der rund 350 Delegierten aus den baden-württembergischen SPD-Kreisverbänden interessierte dies nicht sonderlich, und von der SPD-Basis am nördlichen Seeufer waren außer den 5 Delegierten

Yvonne Bernard, Christian Gospodarek, Adrian Wiemer sowie Angelika Haarbach und Jochen Jehle nur noch 4 interessierte Gast-Teilnehmer/innen im Umfeld des Roten Seehas nach Singen gekommen. Von der Findungskommission des SPD-Landesvorstandes auf Platz 36 (von 38 Listenplätzen insgesamt) vorgeschlagen, wählten die Parteitage delegierten am Ende in einem kombinierten Einzelwahlverfahren bzw. Blockwahl Jochen Jehle noch auf den Platz 34, die SPD-Kandidatin im Nachbarwahlkreis Ravensburg, Anne Jenter, bekam den Listenplatz 33 zugewiesen.



Frank Steinmeier und Jochen Jehle Foto: Beranek
 Bei der letzten Bundestagswahl 2005 gewann die SPD Baden-Württemberg 3 Direktmandate, sodass alle Bewerber/innen bis zum Listenplatz 23 noch den Einzug in den Bundestag in Berlin schafften. Gute bis sehr gute Listenplätze erhielten Hilde Mattheis (Ulm), Martin Gerster (Biberach), Peter Friedrich (Konstanz) und Rita Schwarzelühr-Sutter (Waldshut), die also ihr Ticket für den erneuten Einzug in den Bundestag schon sicher in der Tasche haben.

Zwei SPD-Kandidaten haben übrigens am Ende auf einen Listenplatz verzichtet, voller Verbitterung, und wollen um das Direktmandat in ihrem Wahlkreis kämpfen:

der Ludwigsburger Jan Mönikes und die junge Kandidatin von der Ostalb, Claudia Sünder.

Die Konstanzerin Jana Zirra von der Organisation „translake international“ mit der Internet-Adresse www.translake.org schaffte es auf Anhieb auf den aussichtsreichen Platz 22 (im Wahlgang gegen Anne Jenter) für den Wahlkreis Lörrach, wo sie Nachfolgerin von Marion Caspers-Merk werden könnte, der Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium.

So ein Listen-Parteitag hat es in sich, nicht nur wegen der vielen Einzel-Wahlgänge um die Plätze 1 (Ute Vogt) bis zum Platz 25 (Johannes Fechner).

„Der Berg ruft...!“ schien der schneebedeckte Hang unter der Burgruine Hohentwiel den gestressten Delegierten zuzurufen, der aus der Stadthalle heraus zu betrachten war. Der Hohentwiel war im 10. Jahrhundert Sitz der schwäbischen Herzöge. Der SPD-Landesvorstand hatte einen Vorschlag unterbreitet, der den Geschlechterproporz, den regionalen Proporz ,

den Altersproporz und den Flügel- Proporz gleichermaßen berücksichtigen musste. Die wenigsten sicheren Listenplätze teilte die Findungskommission dem Bezirk Südwestfalen zu. Die meisten sicheren Plätze bekamen Nordbaden und Nordwestfalen zugesprochen.

Darüber ist am Vorabend bei der parteiöffentlichen Konferenz des SPD-Landesvorstandes bedauerlicherweise nicht gesprochen worden. Die Diskussionsredner bei dieser Sitzung konzentrierten sich darauf, ihre jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten mit all ihren diversen Parteiaktivitäten bekannt zu machen.

Die große Frage, wie die Landes-SPD sich bei den Wähler/innen so gut profilieren kann, dass man wieder Wahlergebnisse von 35 Prozent und mehr erreichen kann, die wurde beim ganzen Landesparteitag nicht behandelt.

Prominentester Redner bei diesem Parteitag in Singen war der Bundesaußenminister und SPD-Bundeskanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der am Nachmittag von einer ähnlichen SPD-Delegiertenkonferenz in Sachsen-Anhalt nach Singen zu den badenwürttembergischen Sozialdemokraten gefahren/geflogen war.

Seine Ansprache, etwa eine dreiviertel Stunde lang, kam bei den Delegierten sehr gut an und wurde teilweise mit stehenden Ovationen quittiert. Franky schaute kaum einmal auf sein Rede-Manuscript, alles frei und mitreißend vorgetragen. Er begann mit einer beschwörenden Mahnung, die gewaltsamen Aktionen der Neonazis in Dresden und andernorts nicht gleichgültig hinzunehmen. Die Gesellschaft sei vielleicht erst am Anfang in der großen Auseinandersetzung mit dem braunen Ungeist, der sich in den letzten Jahren wieder in manchen jungen und älteren Wirrköpfen aufgebaut habe. Hart ging Steinmeier mit den raffgierigen Bankern ins Gericht, die die Weltwirtschaft in den Abgrund getrieben hätten und trotzdem noch auf Bonusprämien beharrten.

Hohn und Spott hatte Steinmeier für die Union und vor allem für die bayrische CSU übrig, die sich unter Seehofer aufführt wie ein Club pubertierender Halbstarcker. Steinmeier rief seine Parteifreunde zu einem selbstbewussten Bundestagswahlkampf auf und riet, sich von den paar ungünstigen Umfragen nicht einschüchtern zu lassen. Am Rande des Parteitages ließ er sich mit allen Bundestagskandidaten fotografieren.

In den beschlossenen Anträgen setzt sich die SPD Baden-Württemberg für die Ausweitung von Mindestlöhnen auf andere Wirtschaftsbranchen ein. Außerdem sollte das Kapitaleinkommen stärker zur Finanzierung sozialer Sicherungssysteme herangezogen werden. Die Unternehmen wurden gewarnt, die

Weltwirtschaftskrise nicht mit Massenentlassungen zu beantworten.

W. Bernhard

Der nachfolgenden Anregung des „Roten Fuchsle“ (Ausgabe Nr. 185, März 2009) schließt sich der „Rote Seehas“ ohne Wenn und Aber an. Die diesjährige Regelung ist neu und hat uns stark in unserer Arbeit behindert. S` Rote Fuchsle und der Rote Seehas sind keine Tagespresse und müssen ihre Arbeit weniger auf aktuelle Berichterstattung als auf Kommentierung und Erläuterung der Vorgänge einstellen.

Die Redaktion des Roten Seehas: K-H K und W. B.

's Rote Fuchsle hat eine Anregung an den SPD-Landesvorstand in Stuttgart

Liebe Ute Vogt, lieber Claus Schmiedel, liebe Mitglieder im Vorstand unserer Partei,

Wahlen werden von Wählerinnen und Wählern bestimmt. Diese richten ihre Entscheidung auch nach dem Bild, das die Parteien und ihre Repräsentanten in der Öffentlichkeit machen. Dieses wird auch bestimmt, wie man in den Parteien miteinander umgeht und wie es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. (Hessen lässt grüßen.)

Meine Frau Klärle Dorner war als Delegierte und in der Zählkommission einen ganzen Tag tätig. Sie war daher froh, dass ich frühmorgens bei Eis und Schnee und weitgehend ungebahnten Straßen den Fahrer für sie machte und wir uns daher gemeinsam nach Singen begaben. Dort erhielt Klärle natürlich Zutritt in den Saal. Beim Empfang — ich war dem "Empfangschef" persönlich bekannt — gab es gemäß den Vorschriften keine Möglichkeit für mich, in den Saal zu kommen.

Für unsereinen war nur ein "Gast"-Aufkleber fürs Hemd vorgesehen. Soweit OK. Ja, ich sei aber doch auch als Redaktionsvertreter des Roten Fuchsles anwesend. Da sagte die Genossin hinter der Theke, die daneben stand, 's Rote Fuchsle erhalte sie wohl. Das aber rechtfertige leider nicht, hier und heute als Pressevertreter zugelassen zu sein.

Der Redaktion des Roten Seehas erging es ebenso.

Draußen am Katzentisch stellten wir uns dann gemeinsam die Frage, ob man euch, liebe "Chefinnen und Chefs" der Landes-SPD, vielleicht einfach mal darauf aufmerksam machen müsste:

Wäre es nicht ein Zeichen von Wertschätzung der Arbeit eurer ehrenamtlichen Redakteure, wenn man diesen ein Plätzchen an den Pressetischen reservieren und eine Einladung samt "Mini-"Presseausweis für den Tag zukommen ließe?

Es geht ja nicht um Personen und schon gar nicht um Ehrenkäsigkeit. Es geht wohl auch nicht um ganze Heerscharen davon. Es geht aber darum, den eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es euch etwas wert ist, was von Ehrenamtlichen an der Basis geleistet wird. Mit ästimiert würden dabei alle jeweiligen Redaktionsmitglieder und — vor allem — auch die Leserschaft, die weit über Parteigrenzen hinausreicht und zu der ihr doch gewiss auch zählt ;-)))

Liebe Genossinnen und Genossen in der Landeshauptstadt, denkt doch bitte mal über die Anregung nach und behandelt eure eigenen SPD-Presseleute künftig nicht stiefmütterlicher als die sonstigen Medien.
Euer

Ludwig Dorner

Noch eine Anregung an den Landesvorstand

Das Aufstellen eines Landeslistenvorschlags durch „Findungskommission“ und Landesvorstand ist sicherlich für die Beobachter von außen ein faszinierendes Verfahren. Für die Beteiligten daran stellt es eine fast unlösbare Aufgabe an. Die Aspekte, die zu beachten sind, aufzuzählen und zu begründen beanspruchten hier viel Platz und Aufwand.

Aus Sicht der „Südwürttemberger“ müssen wir feststellen, dass unter den ersten 20 Listenplätzen nur zwei Plätze für Südwürttemberg herausgekommen (auch im Vorschlag) bis zu Platz 25 kämen noch mal 2 (im Vorschlag) oder 1 (im Ergebnis) hinzu.

Sollte die SPD im Wahlergebnis auf höchstens 20 Listenplätze kommen, bedeutete dies für Südwürttemberg eine MdB in Ulm und einen MdB in Biberach.

Nun die Anregung: Bitte berücksichtigt bei der nächsten Vorschlagsliste auch einmal, dass die „Weißen Flecken“ auf der Landkarte etwas gleichmäßiger verteilt werden. Gerade in der „Diaspora“ ist es wichtig, den Wählern auch PolitikerInnen zu präsentieren, die auch Chancen besitzen. Dies gilt auch im Hinblick auf die Motivation der vielen WahlkampfhelferInnen.

Da die Zweistimme für die Parteien ist, spricht doch kaum etwas dagegen, sie auch im Sinne dieser Anregung (mit) zu berücksichtigen.

Karl-Heinz König



Ortsdurchfahrt Hagnau

Zeller:

Gemeinde ersäuft im Verkehr

Dass die Gemeinde Hagnau im Verkehr ersäuft, hat der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, aktuell in einer kleinen Anfrage der Landesregierung erläutert. Er fordert mit seiner parlamentarischen Initiative das zuständige Ministerium auf, darüber Auskunft zu geben wie sich die Zahl der Kraftfahrzeuge auf der B 31 im Abschnitt der Ortsdurchfahrt Hagnau in den letzten fünf Jahren entwickelt hat und vor allem welchen Anteil dabei der Schwerlastverkehr hat. Zeller will auch von der Landesregierung wissen, ob es tatsächlich eine Zunahme bei den ausländischen LKW gibt und ob vor allem in der Sommerzeit das LKW-Wocheendfahrverbot nicht eingehalten wird. Außerdem fragt er an, wie der derzeitige Planungsstand im Bereich der Ortsdurchfahrt Hagnau ist und wie viele Personen konkret mit der Planung befasst sind.

In seiner Begründung zu der Kleinen Anfrage stützt er sich auf eine von der Gemeinde Hagnau in Auftrag gegebene Analyse zum Lärmaufkommen. Dabei wird vor allem auf die Zunahme im Schwerlastverkehr von 29 Prozent in den letzten drei Jahren abgehoben.

„Betroffen sind davon nicht nur die Einwohner der Gemeinde Hagnau, durch die die B 31 mitten hindurch führt, sondern auch die Gäste in dem Tourismusort am Bodensee. Beobachtet wurde, dass vor allem ausländische Lastwagen, die offensichtlich Mautausweicher sind, Tag und Nacht durch die Gemeinde fahren und auch das Wochenendefahrverbot nicht beachten. Die aktuelle Studie belegt, dass nach der neuen EU-Richtlinie LAP 77 Bewohner Hagnaus tagsüber hoch und sehr hoch belastet sind, nachts sind es sogar 90.

Bei einer derartigen Belastung reicht ein passiver Lärmschutz nicht mehr aus, sondern es ist eine Lösung nur durch eine schnelle Realisierung einer Ortsumgehung zu erreichen, das heißt eine Realisierung des Planungsfalls 7.5. Den Bewohnern an der Orts-

durchfahrt in der Gemeinde Hagnau wie auch den Gästen und der Gemeinde insgesamt ist die Belastung durch den Verkehr, der vor allem im Sommer, also in der Haupturlaubszeit in der Tourismusgemeinde am stärksten ist, nicht länger zumutbar. Außerdem gilt Hagnau auch als Nadelöhr auf der B 31 am Bodensee bei hoher Verkehrsbelastung, vor allem an Messetagen in Friedrichshafen oder in der Sommerzeit“, heißt es in der Begründung Zeller zu seiner Kleinen Anfrage, die nun innerhalb der Dreiwochenfrist beantwortet werden muss.

05.02.2009

Norbert Zeller, MdL

Kommunen können Aufträge für das Konjunkturprogramm künftig schneller vergeben

Zeller:

„Bürokratische Hürden beseitigt“

Auch die Kommunen in der Bodenseeregion werden das geplante Konjunkturprogramm schneller nutzen können. Sie profitieren dabei von höheren Wertgrenzen, die künftig für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen gelten sollen. Die Landesregierung folgt mit dieser Anhebung einem Antrag der SPD-Fraktion. Die sozialdemokratischen Parlamentarier wollen damit sicherstellen, dass die Städte und Gemeinden ihre Aufträge für das Konjunkturprogramm ohne große bürokratische Hürden vergeben können. „Wir freuen uns, dass die Regierung erkannt hat, wie wichtig eine schnelle Umsetzung des Programms ist“, sagte Norbert Zeller, Abgeordneter der Bodenseeregion.

Die neue Regelung soll an die Bundeslösung angelehnt werden und auf zwei Jahre befristet sein. Danach können die Kommunen künftig Aufträge für Bauleistungen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro freihändig vergeben. Bei Aufträgen bis zu einer Million Euro ist eine beschränkte Ausschreibung unter wenigen Unternehmen möglich. Bei Dienstleistungen und Einkäufen können die Aufträge bis zu 100.000 Euro freihändig oder nach einer beschränkten Ausschreibung vergeben werden. Die bisherigen Grenzen liegen bei VOB: freihändig: 20.000 Euro; beschränkt bis zu 100.000 Euro und VOL: freihändig: 10.000 Euro; beschränkt: 40.000 Euro.

Zeller forderte die Verwaltungen der Kommunen in der Bodenseeregion auf, diese neue Regelung anzuwenden und damit das heimische Handwerk und den Mittelstand zu stärken. Dann könne das Konjunkturprogramm rasch umgesetzt werden und seine volle Wirkung entfalten.

09.02.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Geld aus Konjunkturpaket für Sanierung landeseigener Gebäude Zeller enttäuscht:

Bodenseekreis bekommt nur 1,5 Mio. €

Mit einer Summe von 660 000 € darf das Droste-Hülshoff-Gymnasium in Meersburg für den Umbau und die Sanierung des Schulgebäudes und für naturwissenschaftliche Fachräume vom Land rechnen.

Dies geht aus der Antwort des Finanzministers auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Norbert Zeller, SPD, hervor. Der Landkreis Bodenseekreis wird außerdem insgesamt 900 000 € für verschiedene Gebäudesanierungsmaßnahmen erhalten. Für das Gymnasium in Meersburg ist die Baufreigabe erteilt und mit dem Baubeginn wird im 1. Halbjahr 2009 gerechnet, teilte der Finanzminister dem Abgeordneten der Bodenseeregion, Norbert Zeller, mit. Dieser hatte von der Landesregierung wissen wollen, welche Planungen für die Sanierung von landeseigenen Gebäuden im Kreis laufen, weil seiner Ansicht nach viele Gebäude im Besitz des Landes im Bodenseekreis großen Sanierungsbedarf haben, wie beispielsweise die Berufsakademie.

Zeller hätte es gerne gesehen, dass das derzeit aufgelegte Konjunkturprogramm vom Land genutzt wird, um diese dringend notwendigen Maßnahmen schnell zu beginnen. Die Landesregierung hat aber die BA nicht im aktuellen Programm speziell aufgeführt, was Zeller sehr angesichts der großen Bedeutung der BA für die Wirtschaft in der Region bedauert.

Insgesamt seien rund 8000 Gebäude im Besitz des Landes, so Finanzminister Stächele, deren Sanierung oder Neubau „schrittweise entlang der finanziellen Möglichkeiten und den parlamentarischen Beschlüssen umgesetzt“ werden. Für den Neckarkreis Ravensburg sieht es da besser aus, erklärt Zeller, der auch danach gefragt hatte wie es in den Kreisen Ravensburg und Konstanz mit Mittelaufwendungen für die Sanierung von landeseigenen Gebäuden aussieht. Über 28 Millionen fließen nach Ravensburg und rund 25 Mio. € nach Konstanz in verschiedene Projekte mit erteilter Baureife oder Entwurfsplanung. „Der Bodenseekreis kommt leider sehr schlecht weg“, bedauert Zeller.

11.02.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Innenminister antwortet zu Straßenprojekten im Kreis Zeller:

Für B 31 neu keine gute Nachricht

Keine gute Nachricht aus Stuttgart hat der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, auf seine so genannte Kleine Anfrage an die Landesregierung zur B 31 neu zwischen Friedrichshafen und Immenstaad und für den Abschnitt Überlingen Tierheimkreuzung bis Überlingen/Ost erhalten. Er hatte wissen wollen, ob diese Teilabschnitte in das Konjunkturprogramm II aufgenommen werden. Dies auch für den Neubau der B 31 Friedrichshafen-Immenstaad, obwohl Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss anhängig sind. Wie nun aus der Antwort von Staatssekretär Köberle aus dem Innenministerium hervorgeht, ist die B 31 neu Friedrichshafen-Immenstaad sowie die Überlinger-Umgehung nicht dabei. Erwähnt ist in dem Antwortschreiben lediglich, dass es beabsichtigt ist, größere Erhaltungsmaßnahmen auf der B 31 Manzell-Friedrichshafen, B 31 Löwentalviadukt Friedrichshafen, Gemeindestraßenüberführung Immenstaad und der B 31-Nußdorf im Bereich der Bundesfernstraßen durchzuführen.

Bereits in einer Antwort auf einen Brief von Zeller in gleicher Sache hatte Innenminister Heribert Rech mitgeteilt, dass zwar „das Regierungspräsidium Tübingen beabsichtigt, den Erlass des Planfeststellungsbeschlusses zur Ortsumgehung von Überlingen im Zuge der B 31 noch im ersten Quartal zu erlassen“, aber von der B 31 neu Friedrichshafen-Immenstaad war nichts erwähnt. Das Land könne weder die B 31 Friedrichshafen-Immenstaad noch die Ortsumgehung der B 31 von Überlingen in ein Bundesprogramm aufnehmen“, erläuterte Rech. Dies ist nach Auffassung von Norbert Zeller zwar im Grundsatz richtig, da der Bund Träger der Maßnahme ist, aber das Land könne beim Bund auf eine Aufnahme in das Bundesprogramm drängen, zumal das baden-württembergische Staatsministerium selbst beim Bund eine Liste mit dringlichen Projekten eingereicht hatte. Zeller: „Tatsache ist, dass der Bund zwar entscheidet, welche Straße gebaut wird, aber das Land hat dabei schon eine Vorschlagsfunktion“. Zeller will sich dafür einsetzen, dass die Freigabe für die Baureifeplanung für die B 31 neu so schnell wie möglich erfolge, auch wenn derzeit noch die Klagen gegen das Planfeststellungsverfahren laufen.

Er geht davon aus, dass der VGH in diesem Sommer noch so entscheide, dass die Klagen vom Tisch sind und dann die Baureife erteilt werden kann. „Ich werde meine Kontakte nach Berlin entsprechend nutzen“, so Zeller.

11.02.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Zeller setzt sich für Erhalt ein:

Reisezentrum am Bahnhof nicht schließen

Die Ankündigung, dass die Deutsche Bahn AG plant Reisezentren im ganzen Land sonntags, oder sogar das ganze Wochenende zu schließen, hat den Abgeordneten der Bodenseeregion Norbert Zeller SPD auf den Plan gerufen. Gemeinsam mit Kollegen aus der SPD-Landtagsfraktion setzt er sich für die Öffnung dieser Reisezentren ein. Bei der angekündigten Schließung durch die Bahn handelt es sich nicht nur um kleine Provinzbahnhöfe, sondern um Bahnhöfe in Mittel- und Oberzentren, mit Reutlingen und Heilbronn sogar um Bahnhöfe in zwei Großstädten.

Ohne dass konkrete Aussagen für Friedrichshafen und Ravensburg gemacht wurden, sieht Zeller für diese beiden Bahnhöfe Alarmstufe rot.

„Gerade an Sonntagen sind aber häufig Menschen mit der Bahn unterwegs, die auf eine individuelle Beratung angewiesen sind, da sie nicht regelmäßig mit der Bahn pendeln. Leider hat es das Land versäumt die Öffnungszeiten der Reisezentren – eine der elementaren Dienstleistungen, welche ein Unternehmen wie die Bahn eigentlich selbstverständlich anbieten sollte – im Verkehrsvertrag zwischen Land und DB Regio zu fixieren“, erklärt Zeller. Somit sei ein direkter Einfluss der Landesregierung bedingt durch Versäumnisse aus der Vergangenheit nicht möglich.

„Da aber Deutsche Bahn und Land auch in Zukunft geschäftliche Beziehungen pflegen wollen, und die DB Regio ein großes Interesse an der Vergabe von Zugkilometerleistungen auch in Zukunft hat, besteht für das Land durchaus die Möglichkeit Einfluss auf die Entscheidungen der DB AG auszuüben. Ich bitte Sie daher – im Interesse der Kunden und der Umwelt – auf die Bahn einzuwirken, diese völlig untragbaren Schließungen der Reisezentren zurückzunehmen“, heißt es wörtlich in einem Schreiben an den Verkehrs-Staatssekretär im Innenministerium von Baden-Württemberg, Rudolf Köberle.

13.02.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Antrag der SPD-Fraktion im

Bodenseekreis:

Grundsätzlich auf die neuen, höheren Wertgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zurückzugreifen, damit die Konjunkturprogramme ihre Wirkung entfalten können

Sehr geehrter Herr Landrat Wölflé,

da im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II die Wertgrenzen für Bauleistungen und Dienst- und Lieferverträge deutlich anhaben wurden, bitte ich Sie den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion am 18. Februar 2009 zur Abstimmung zu stellen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Bodenseekreis wird zukünftig von den neuen Möglichkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Gebrauch machen (vergl. Landtagsdrucksache 14/3877) und diese bis zu folgenden Wertgrenzen freihändig zu vergeben bzw. beschränkt auszuschreiben:

1.) für Bauleistungen:

Beschränkte Ausschreibung:

1 Mio. Euro

Freihändige Vergabe:

100 000 Euro

2.) für Dienst- und Lieferaufträge:

Freihändige Vergabe und

Beschränkte Ausschreibungen:

100 000 Euro

Friedrichshafen, 16.2.2009

N. Zeller

Begründung:

Mittelstand und Handwerk brauchen jetzt rasch Aufträge, die der Wirtschaftskrise entgegenwirken. Nur dann ist der notwendige konjunkturelle Effekt durch die Konjunkturprogramme von Bund und Land zu erreichen. Die Verwaltung ist aufgefordert unmittelbar von den neuen Möglichkeiten des Vergaberechts Gebrauch zu machen, damit Investitionen schnell getätigt werden können und das heimische Handwerk und der Mittelstand von den öffentlichen Aufträgen profitieren.

Büro Norbert Zeller, MdL, Vorsitzender Kreistagsfraktion

„Das Land wird über den Tisch gezogen“

Zeller kritisiert heftig die Verhandlungsergebnisse mit dem Haus Baden über den Kauf des Schlosses Salem

Der Abgeordnete der Bodenseeregion Norbert Zeller und seine Fraktion im Landtag halten die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem Haus Baden über den Kauf des Schlosses

Salem „für viel zu teuer“. „Das Land wird über den Tisch gezogen“, sagte Zeller. So lehnen er und die SPD-Landtagsfraktion den vereinbarten Klageverzicht für 15 Millionen Euro ab. „Die Landesregierung erkaufte sich angeblich Rechtssicherheit, obwohl sie dies gar nicht nötig hat“. Schließlich hätten hochrangige Wissenschaftler die Eigentumsrechte des Landes an fast allen Kunstschatzen eindeutig festgestellt. Dass die Landesregierung dennoch bereit sei, 15 Millionen für den Klageverzicht aufzugeben, „ist eine eindeutige Subventionierung des Hauses Baden“, argumentiert Zeller. Kritisiert wird auch, dass die Landesregierung bereit sei, für 11,4 Millionen Euro nicht näher bezeichnete „Kunstschatze“ aufzukaufen.

Darüber hinaus ist Zeller dagegen, dass das Haus Baden weiterhin Eigentümer der Prälatur bleibe. Damit genieße es nicht nur Wohnrecht, sondern das Haus müsse auch an künftigen wirtschaftlichen Entscheidungen über die Gebäude beteiligt werden. „Dies ist angesichts des Kaufpreises von knapp 58 Millionen Euro nicht einzusehen“, so Zeller.

Die SPD hält auch das Verfahren im Landtag für falsch. Die Abgeordneten müssten dem Kaufpreis am Mittwoch zustimmen, ohne die Einzelheiten zu kennen. „Wir sollen der Landesregierung einen Freifahrchein geben, das ist unerträglich“, erklärte Zeller.
18.02.2009 Büro Norbert Zeller, MdL

Nachahmenswert Bund fördert Kommunen

Renate Gradistanac:

Jetzt bewerben für "Aktiv im Alter"

Noch bis 9. März können sich Kreise, Städte und Gemeinden für das Programm "Aktiv im Alter" bewerben. Der Bund fördert die Aktion mit 10.000 Euro pro Kommune.

Renate Gradistanac, stellvertretende seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, ruft die Kommunen im Nordschwarzwald auf, die Chance des vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegten Programms zu nutzen. "Überall dort, wo Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit ihrer Gemeinde ein Projekt zum Thema voranbringen wollen, sind die Aussichten auf Förderung gut", so die Abgeordnete.

Das Programm unterstützt die Kommunen bei der (Fort-)Entwicklung eines Leitbilds "Aktives Alter"; in lokalen Foren sollen Ideen und Antworten auf die Frage "Wie wollen wir morgen leben?" gefunden werden. Die mit ehrenamtlich tätigen Seniorinnen

und Senioren umzusetzenden Projekte können vielfältig sein - es kann etwa ein Dorfplatz verschönert oder die Leitung eines Schwimmbads organisiert werden.

Vorigen Herbst sind bundesweit in den ersten 50 Kommunen entsprechende Projekte angelaufen, aus Baden-Württemberg ist unter anderem die Stadt Herrenberg mit dabei.

Weitere Informationen gibt es im Internet:
<http://www.aktiv-im-alter.net>

Büro Renate Gradistanac, MdB

Unsere Delegierten beim „Listenparteitag“



v. li.: Angelika Haarbach, Jochen Jehle, Christian Gospodarek, Yvonne Bernard
Adrian Wiemer ist leider verdeckt

Foto übermittelt von Scott Kempf

Herzlichen Glückwunsch an

Hilde Mattheis

und

Martin Gerster

zum sicheren Listenplatz

Martin Rosemann

zum aussichtsreichen Listenplatz

Dank, Respekt und Anerkennung für alle, die trotz der Unsicherheit des Wahlerfolgs weitermachen

Für die Redaktion Karl-Heinz König

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



SP Schweiz



08.02.2009

Personenfreizügigkeit:

Grosser Erfolg für die Zusammenarbeit mit Europa

Das Schweizer Stimmvolk hat heute keine Zweifel offen gelassen und klar Ja gesagt zur Ausdehnung und Weiterführung der Personenfreizügigkeit. Dies ist eine massive Abfuhr an die Isolationisten und eine deutliche Bestätigung der Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union und des etablierten Schutzes der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gerade der Ausbau dieser flankierenden Massnahmen hat erheblich zum klaren Abstimmungserfolg beigetragen. Das unmissverständliche Ja muss aber auch als Auftrag verstanden werden, den Dialog mit der EU weiterzuführen und zu intensivieren.

"Das Schweizer Stimmvolk hat heute den Weg der Vernunft gewählt und liess sich nicht vor den Wagen der Isolationisten spannen." zeigt sich SP-Präsident Christian Levrat zufrieden. "Das klare Volks-Ja bedeutet zunächst, dass die Schweiz die Politik der Öffnung und Zusammenarbeit mit der EU weiterführen kann und diese inskünftig noch verstärken soll. Darüber hinaus werden mit dem Ja die flankierenden Massnahmen, die Lohndumping und schlechten Arbeitsbedingungen vorbeugen, noch verstärkt und ausgebaut. Davon profitieren letztlich alle in- und ausländischen Angestellten." Das Resultat hat einmal mehr gezeigt, dass eine Öffnung gegenüber Europa zwingend mit dem sozialen Schutz einhergehen muss. Entsprechend wird die SP die Umsetzung der flankierenden Massnahmen kontrollieren.

Für die SVP ist es nach der fünften europapolitischen Niederlage endlich an der Zeit einzusehen, dass das

Schweizer Stimmvolk den von der Partei proklamierten ausserpolitischen Isolationskurs nicht goutiert.

Aus Sicht der SP Schweiz sind der Dialog und die Partnerschaft mit der Europäischen Union weiter zu vertiefen. Aktuell im Zentrum stehen der Abschluss des landwirtschaftlichen Freihandelsabkommen und ein Bildungsabkommen mit der EU. Auf längere Sicht, wird indes der bilaterale Weg mit der Europäischen Union immer schwieriger. Die SP Schweiz ist darum der Ansicht, dass die Vollmitgliedschaft in der EU erneut thematisiert werden muss.

Quelle: <http://www.sp-ps.ch/>

Kanton St. Gallen

Kompromiss bei Einbürgerungen zustimmen

Die SP Fraktion hat heute in Kirchberg die Geschäfte der Novembersession beraten. Sie stimmt zähneknirschend dem Kompromiss bei den Einbürgerungen zu und empört sich über den Entscheid der Regierung, den Volkswillen betreffend HarmoS nicht umzusetzen.

Kirchberg – Die SP Fraktion hat heute zum ersten Mal unter der Leitung der neuen Fraktionschefin Barbara Gysi getagt und wählten einstimmig Felix Gemperle aus Goldach zum Vizepräsidenten der Fraktion.

Einbürgerungen

Am meisten gab der Kompromissvorschlag der vorberatenden Kommission zur Änderung der Einbürgerungspraxis zu reden. Eine grosse Mehrheit der SP Fraktion unterstützt die eingeschlagene Richtung, obschon sich die Begeisterung für diesen Vorschlag in Grenzen hält. Da die bisherige Einbürgerungspraxis in einigen Gemeinden sehr willkürlich ist und für

die betroffenen Personen ein unwürdiges Verfahren darstellt, ist ein dringender Revisionsbedarf ausgewiesen. Die SP Fraktion kann sich noch immer vorstellen, dass die Einbürgerungsräte der Gemeinden abschliessend über Einbürgerungsgesuche entscheiden. Der nun vorliegende Kompromiss, bei dem alle BürgerInnen die Möglichkeit haben, eine schriftliche und begründete Einsprache zu machen, trägt aus Sicht der SP Fraktion zu einer Klärung der vertrackten Situation bei. Die SP Fraktion wird bei der Ausarbeitung des Gesetzes eine klare und präzise Festlegung der Kriterien für die schriftlichen Einsprachen fordern.

Gemeindegesezt

Die SP Fraktion begrüsst das neue Gemeindegesezt in den Grundzügen. Jedoch hat die vorberatende Kommission bei der Formulierung des Gesetzestextes klar über das Ziel hinausgeschossen. Die SP Fraktion hält weiterhin daran fest, dass für die Wahl in die Geschäftsprüfungskommissionen ein Mindestmass an Fachkenntnis vorausgesetzt werden soll.

Empörung über HarmoS-Entscheid der St. Galler Regierung

Laut einem Medienbericht hat die St.Galler Regierung entschieden, den Beitritt zum HarmoS-Konkordat zu verschieben. Die SP Fraktion hat kein Verständnis für diesen Entscheid. Das St.Galler Stimmvolk hat dem Beitritt zugestimmt. Die Stimmrechtsbeschwerde habe gemäss gängiger Gerichtspraxis keine aufschiebende Wirkung, trotzdem setzt die Regierung den Willen der St.Galler Bevölkerung nicht sofort um. Die SP Fraktion will mit einem dringlichen Vorstoss die genauen Hintergründe in Erfahrung bringen, die zu diesem skandalösen Entscheid geführt haben.

7/ Februar 2009

Rückfragen an:

Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
Peter Olibet, Fraktionssekretär

SP fordert Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Der letzte Abstimmungssonntag hat deutlich gezeigt: die Schweizer haben keine Angst vor dem Ausland. Ausländische Mitbürger sind willkommen, ob als Arbeitskräfte oder Steuerzahler. Allerdings setzte das Zürcher Stimmvolk mit der Annahme der Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ein klares Zeichen und dürfte damit der Mehrheit der Schweizer aus der Seele sprechen: Ja, aber bitte gerecht.

Die SP St.Gallen ist überzeugt, dass die Zeiten vorbei sind, in denen sich grosszügige Steuergeschenke und

Pauschalabkommen mit Superreichen mit dem Volksempfinden vereinbaren liessen. Wenn der einfache Steuerzahler mit ansehen muss, wie sich Banken weiterhin unbeirrt aus dem milliardenschweren Rettungspaket aus Steuergeldern bedienen, wächst auch der Unmut über die Ungleichbehandlung von Superreichen Ausländern.

Der Kanton St.Gallen reichte dazu letztes Jahr eine Ständesinitiative ein. Den Auftrag erhielt die Regierung vom Kantonsparlament, welches mehrheitlich der Meinung war, die Pauschalbesteuerung verstosse gegen das Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die SP wertet dies als Schritt in die richtige Richtung, fordert allerdings schnellere Massnahmen. Die SP-Fraktion wird deshalb in der nächsten Kantonsrats-Session eine Motion zum Abschaffung der Pauschalbesteuerung einreichen. Bereits Anfang 2006 hatte SP-Kantonsrat Peter Hartmann eine Interpellation „Steuerprivilegien für Einzelpersonen und Unternehmungen“ eingereicht. Das Thema ist aktueller denn je.

Nun, wo das Argument wegfällt, St.Gallen müsse gegenüber seinem Hauptkonkurrenten Zürich wettbewerbsfähig bleiben, ist die Zeit wohl reif für Korrekturen in der Steuerpolitik. Mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung würde sich die Politik jedenfalls ein klein wenig dem Gerechtigkeitsempfinden des Schweizer Steuerzahlers annähern.

Rückfragen:

10. Februar 2009 Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Peter Hartmann, Kantonsrat
Übermittelt durch Ariana Krizko (SP St.Gallen)

Ein rotes Konjunkturpaket für den Kanton St. Gallen! Gewinne des Kantons sofort investieren

Die SP fordert eine Sondersession zur Wirtschaftskrise und liefert mit dem roten Konjunkturpaket handfeste Vorschläge zur Ankurbelung der Wirtschaft. Regierungsrat Joe Keller soll endlich eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben, damit nicht noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen.

St.Gallen – Die St.Galler Wirtschaft kämpft mit den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der zuständige Regierungsrat Joe Keller, CVP schaute bis jetzt untätig zu. Aus Sicht der SP braucht es nun eine aktive Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Barbara Gysi, die Präsidentin der SP Fraktion will die Regierung und die bürgerlichen Parteien aus dem Tiefschlaf holen: „Wir fordern eine Sondersession zur aktuellen Krise. Die Politik ist in der Pflicht. Wir dürfen nicht einfach untätig zuschauen, wie die Realwirtschaft im Kanton St.Gallen in eine grosse Krise schlittert.“

das rote Konjunkturpaket: Start der Petition zur Stärkung der Wirtschaft



Die SP St.Gallen hat ein Konjunkturpaket geschürzt. Dieses wird heute an den Volkswirtschaftsdirektor des Kantons St.Gallen geschickt. Claudia Friedl, die Parteipräsidentin der SP St.Gallen, fasst zusammen: „Der Kanton St.Gallen wird Mitte März die Rechnung für das vergangene Jahr wieder mit einem grossen Überschuss präsentieren. Wir gehen von rund 180 Mio. Franken Gewinn aus. Dieser soll nicht auf die hohe Kante gelegt, sondern sofort wieder investiert werden. Mit dem roten Konjunkturpaket zeigen wir auf, welche Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft ergriffen werden sollen.“ Die SP St.Gallen startet heute eine Petition. Sie sammelt im ganzen Kanton Unterschriften, um die Dringlichkeit dieser Forderung zu unterstreichen. Die Petition kann im Internet unter www.sp-sg.ch unterzeichnet werden.

Die SP-Fraktion wird an der Kantonsratssession im Februar die politischen Vorstösse aus dem roten Konjunkturpaket einreichen. 180 Mio. Franken können sofort eingesetzt werden, um die St. Galler Wirtschaft zu unterstützen.

Investitionen fördern

- **Forschung an Hochschulen darf nicht zurückgehen**

Die Hochschulen im Kanton St.Gallen forschen oft im Auftrag der Privatwirtschaft. Die SP Fraktion befürchtet, dass die Wirtschaft im Zuge der Finanzkrise weniger stark in die Forschung investieren. Die SP Fraktion fordert die Regierung auf, rasch Massnahmen vorzusehen, damit an den Hochschulen weiterhin zusammen mit der Wirtschaft innovative Forschung betrieben werden kann.

- **Investitionen in Gesundheitsprävention**

Im Bereich der Gesundheitsprävention besteht im Kanton St.Gallen ein grosser Nachholbedarf, insbesondere auch im Bereich der psychischen Gesundheit. Die SP Fraktion fordert, dass hier sofort investiert werden kann.

- **Investitionen im Bereich der Gebäudesanierungen**

Der Kanton St.Gallen investiert in Gebäudesanierungen. Dadurch wird die Energieeffizienz gesteigert. Die SP Fraktion fordert, dass der Kanton Fördermittel bereitstellt, damit Hausbesitzer möglichst bald energieeffiziente Sanierungen in Angriff nehmen können.

Kaufkraft steigern

- **Kinderzulagen auf 250/300 Franken erhöhen**

Mit Kinderzulagen kann gezielt die Kaufkraft von Familien gesteigert werden. Auf nationaler Ebene gibt es Bestrebungen, die Kinderzulagen auf 250 bzw. 300 Fr. (Kinder in Ausbildung) zu erhöhen. Die SP Fraktion hat in einer Motion gefordert diese Anpassung bereits auf kantonaler Ebene zu realisieren und nicht zu warten, bis eine Bundeslösung umgesetzt wird. Die Regierung will auf diese Forderung nicht jetzt eintreten. Die SP fordert die anderen Parteien auf, diese Motion zu unterstützen.

- **kein Stipendienklau: St.Gallen zahlt endlich gleich viel wie andere Kantone**

Der Kanton St.Gallen ist äusserst geizig bei der Vergabe von Stipendien. Der Kanton St.Gallen weigert sich aus Kostengründen dem Konkordat über die Harmonisierung der Stipendien beizutreten. Dadurch würden für alle StudentInnen in der Schweiz die gleichen Bedingungen gelten. Die SP Fraktion hält an ihrer Motion fest.

- **Standesinitiative: Kinderprämien werden vom Bund übernommen**

Die Krankenkassenprämien werden gemäss Medienberichten im nächsten Jahr wieder stark ansteigen. Insbesondere für Familien wird dieser erneute Anstieg kaum mehr finanzierbar sein. Die SP Fraktion fordert mit einer Standesinitiative, dass der Bund die Kinderprämien übernimmt. Dadurch können mehr Leute von den ordentlichen Prämienverbilligungen profitieren.

neue Arbeitsplätze schaffen

- **kantonales Weiterbildungsgesetz: Weiterbildungsgutscheine für alle!**

Von ArbeitnehmerInnen wird erwartet, dass sie sich stets weiterbilden. Für viele sind die zahlreichen Weiterbildungsangebote jedoch kaum finanzierbar. Die SP Fraktion fordert ein kantonales Weiterbildungsgesetz, das den Kanton verpflichtet mit Weiterbildungsgutscheinen einen Teil der Finanzierung zu übernehmen.

- **mehr Personal im Gesundheits- und Kinderbetreuungsbereich**

Förderung und Mitfinanzierung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen in der Langzeitpflege (Alters- und Pflegeheime, Spitex) und in der Kinderbetreuung; Schaffung von Lehrlingsverbänden.

Die SP bleibt beharrlich

Die SP nimmt zur Kenntnis, dass die Partei von Regierungsrat Joe Keller endlich gemerkt hat, dass zur Lösung der Wirtschaftskrise griffige Massnahmen nötig sind. Die SP Fraktion wollte bereits in der Novembersession mit verschiedenen Vorstössen die kantonale Wirtschaft stützen. Die CVP fordert nun zum Beispiel mehr Ressourcen für das kantonale Baudepartement, damit planungsreife Vorhaben sofort umgesetzt werden können. Die SP hat in der Budgetdebatte vor rund 2 Monaten just diesen Vorschlag gemacht. Damals hat niemand (!) aus der CVP Fraktion diesem Begehren zugestimmt. Dass die CVP nun am selben Strick zieht wie die SP ist erfreulich.

Für Rückfragen:

Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Peter Olibet, Parteisekretär

SGKB muss erfolgreich bleiben

Die St.Galler Kantonalbank (SGKB) hat gestern den drittbesten Jahresabschluss in ihrer Geschichte präsentiert. Das ist erfreulich. Trotzdem stellt die SP zum Geschäftsgebaren der SGKB fünf Forderungen auf.

St.Gallen – Die Finanzkrise hat gezeigt, dass das Bankensystem äusserst anfällig ist und bereits bei kleinen Unsicherheiten grosse Verluste eingefahren werden. Die St.Galler Kantonalbank, eine Bank mit Staatsgarantie, blieb zum Glück von grossen Turbulenzen verschont. Sie konnte einen sehr guten Geschäftsabschluss vorlegen. Der Kanton St.Gallen ist Mehrheitsaktionär dieser teilprivatisierten Bank. Die SP St.Gallen fordert, dass einige Korrekturen an der Ausrichtung der SGKB vorgenommen werden, damit auch bei kommenden Jahresabschlüssen erfreuliche Zahlen vermeldet werden können.

Claudia Friedl, die Parteipräsidentin bringt es auf den Punkt: „Der Bankensektor hat in den vergangenen Jahren auf zu grossem Fuss gelebt. Viele Banker haben sich hemmungslos bedient. Die St.Galler Kantonalbank muss alles unternehmen, damit ihr nicht die gleichen Fehler passieren, die die Grossbanken in die Krise schlittern liessen.“

Fünf Forderungen für eine erfolgreiche Zukunft der St.Galler Kantonalbank

1. **die Kantonalbank braucht endlich einen Leistungsauftrag**
Der Kanton St.Gallen profitiert in guten Zei-

ten finanziell von der Bank. Bei einem Absturz der Bank kommt die Staatsgarantie zum Tragen. Wie schnell eine Bank am Rande des Ruins stehen kann, haben wir mit der UBS erlebt. Die SP fordert, dass die Staatsgarantie nur gegen einen Leistungsauftrag zu haben ist. Darin wird festgelegt, wie sich die Bank zu positionieren hat und welche Leistungen für die kantonale Wirtschaft zu erfüllen sind.

2. **solide Vergabep Praxis von Krediten an KMU**

In den kommenden Monaten und Jahren, wird es für KMU sehr schwierig, weiterhin Kredite von Banken zu erhalten. Die SGKB soll gerade in den wirtschaftlich schlechten Zeiten Kredite an Unternehmen, die krisenbedingt in Schieflage geraten sind, vergeben.

3. **attraktive Hypothekarzinsen für die Bevölkerung**

Analog zu den Krediten an die Wirtschaft, sollen die BewohnerInnen des Kantons von attraktiven Hypothekarzinsen profitieren können. Die Bank die zur Mehrheit im Besitz des Staates ist, muss vor allem der st.galler Bevölkerung verpflichtet sein.

4. **Konzentration auf den Standort St. Gallen: Expansionsstrategie ist anfällig und zu überdenken**

Es ist nicht ersichtlich, warum die St.Galler Kantonalbank nach Genf und sogar ins benachbarte Ausland expandieren soll. Die Grossbanken waren stark im Investmentbanking tätig. Die Quittung dafür haben sie erhalten. Die SGKB soll die Finger von diesem Geschäft lassen. Deshalb muss sich die Bank wieder dem Standort St.Gallen verpflichtet fühlen.

5. **Transparenz in der Lohnpolitik**

An der gestrigen Bilanzmedienkonferenz gab sich die Bankleitung ziemlich bedeckt bei den Fragen nach der Entschädigungspolitik. Die SP fordert volle Transparenz der Löhne. Es ist wichtig, dass der Bankensektor in dieser Frage wieder das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt.

Rückfragen:

Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Peter Olibet, Parteisekretär

Peter Olibet, politischer Sekretär

Regierung und Parlament nehmen Wirtschaftskrise nicht ernst

Der St.Galler Kantonsrat will keine Sondersession zur Wirtschaftskrise. Die SP Fraktion ist empört über die zögerliche Haltung des St.Galler Volkswirtschaftsdirektors und der bürgerlichen Parteien.

St.Gallen – Der St. Galler Volkswirtschaftsdirektor Josef Keller hat die Brisanz der aktuellen Wirtschaftskrise noch immer nicht erkannt. Unter seiner Federführung will die Regierung zwar eine Task Force einsetzen, aber Nägel mit Köpfen werden keine gemacht. Die SP Fraktion hat mit dem roten Konjunkturpaket aufgezeigt, wie der Krise entgegnet werden kann. Die Task Force wird hinter verschlossenen Türen arbeiten. Gelder investieren oder gar Konjunkturpakete schnüren kann sie aber nicht. Dazu braucht es das Parlament. Barbara Gysi, die Präsidentin der SP Fraktion forderte die anderen Parteien auf, den SP Vorschlag einer Sondersession zu unterstützen: „Wir dürfen uns nicht verstecken, sondern müssen aktiv Verantwortung übernehmen und der Regierung Vorgaben machen. Dies ist nötig: denn was in den letzten Monaten aus der Pfalz an Massnahmen gegen die Krise und zur Stützung unserer Wirtschaft und Bevölkerung gekommen ist, ist schwach und ideenlos.“

Ideen aus der neoliberalen Mottenkiste

Die bürgerlichen Fraktionen und selbsternannten Wirtschaftsparteien haben kein Interesse an einer Sondersession. Sie überboten sich lieber mit Forderungen aus der neoliberalen Mottenkiste. Weitere Steuersenkungen sind zum jetzigen Zeitpunkt die wohl schlechteste Massnahme. Noch immer an die Selbstregulierung des Marktes zu glauben, ist nach dem Zusammenbruch der gierigen Bankenbranche grotesk.

Erhöhung der Kinderzulagen ohne Chance

Die SP Fraktion wollte die Kinderzulagen im Kanton St.Gallen sofort auf 250, bzw. 300 Franken erhöhen. Mehr Kaufkraft für Familien bedeutet in wirtschaftlich schwierigen Zeiten neben dem direkten finanziellen Zustupf für die Familien auch eine Unterstützung der Wirtschaft. Es ist nicht so, dass diese Kinderzulagen auf die hohe Kante gelegt werden können. Dazu sind die Familienbudgets meist zu stark strapaziert. Viele Familien sind auf grössere Unterstützung angewiesen und benötigen dieses Geld im täglichen Gebrauch. Die SP Fraktion bedauert, dass der Kantonsrat heute kein Zeichen setzen und Familien mit Kindern stärker entlasten wollte.

Stipendienklau geht weiter

Der Kanton St.Gallen bleibt weiterhin äusserst knauserig bei der Vergabe der Stipendien. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat lehnte es auf Antrag der Regierung ab, dem Konkordat zur Harmonisierung der

Stipendien beizutreten. Ein Studium zu absolvieren wird für die St.Galler Studentinnen und Studenten auch in Zukunft ein finanzielles Risiko bleiben.

Volkentscheide werden mit Füßen getreten

Die bürgerlichen Parteien haben mit gütiger Mithilfe von CVP-Regierungsrat Josef Keller zur weiteren Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten durchgeboxt. Dies ist eine grobe Missachtung des Volkswillens und eine Zwängerei. Mehrmals haben sich die Stimmberechtigten im Kanton St.Gallen klar und deutlich gegen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen. Die SP Fraktion wird dieses Geschäft sehr kritisch begleiten. Die Angestellten im Detailhandel arbeiten bereits heute zum Teil schlechten Bedingungen. Weitere Verschärfungen liegen nicht drin.

Rückfragen an:

17.02.2009

**Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
Peter Olibet, Fraktionssekretär**

SP Kanton Thurgau

08.02.09 /

Danke für den vernünftigen Entscheid!

Medienmitteilung Thurgauer Komitee

"JA zu den Bilateralen - JA zu sozialer Sicherheit"

In dieser zentralen eidgenössischen Abstimmung war es der SP, den Grünen, den Gewerkschaften, den jungen Grünen und der JUSO im Thurgau ein wichtiges Anliegen, speziell über die Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu informieren. Deshalb haben wir uns als eigenständiges Pro Komitee engagiert. Das klare JA zeigt, dass die Bevölkerung die Öffnung zu Europa zwingend mit dem Schutz unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen verbindet. Wir danken den Thurgauer Stimmberechtigten für diesen vernünftigen Entscheid und werden uns weiterhin für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU und für den sozialen Schutz in der Schweiz einsetzen.

Für das Co-Präsidium:

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP Thurgau

08.02.09 / JA zur Personenfreizügigkeit

Die SP Thurgau ist erfreut über das deutliche JA zur Personenfreizügigkeit. Die Thurgauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Vorlage mit ca. 57 % angenommen.

Die kantonale Vorlage zur Änderung der Kantonsverfassung wurde unbestritten mit über 75% der Stimmen angenommen.

<http://www.spthurgau.ch/>

SPÖ



Indexanpassung von Familienleistungen

SPÖ-Familiensprecherin Pircher: **„Land Vorarlberg soll Vorreiterrolle übernehmen“**

„Es ist zwar begrüßenswert, wenn die Vorarlberger ÖVP die Indexanpassung der österreichischen Familienleistungen fordert. Dennoch kann sie eine Vorreiterrolle übernehmen und beispielsweise den Vorarlberger Familienzuschuss jährlich anpassen. Man muss jedenfalls nicht warten, bis der Bund etwas tut. Diese Forderung hat auch die ÖVP sichtlich akzeptiert“, freut sich SPÖ-Familiensprecherin LAbg. Olga Pircher, dass die ÖVP den Familienzuschuss anhebt.

Auf alle Fälle solle sich die ÖVP, so Pircher weiter, endlich dazu entschließen, den Kindergarten kostenfrei zu machen, so wie dies in anderen Bundesländern bereits geschehen ist bzw. angedacht wird. „Anstatt alter Hüte, wie die Familienbesteuerung und das Pensionssplitting zu thematisieren, soll sich die ÖVP endlich einer modernen Familienpolitik öffnen und das tun, was in anderen Bundesländern längst geschieht“, so Pircher abschließend.

SPÖ-Express 06.02.2009

Mayer: **Bildungsministerin Schmied setzt dringend notwendige Reformen entschlossen um**



„Nach Jahren der Stagnation und des Bildungsabbaus setzt Bildungsministerin Claudia Schmied Reformen für die Zukunft unserer Kinder“, erklärte SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer am Dienstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Schmied setze alle notwendigen Maßnahmen, um auf möglichst breiter Ebene eine moderne Bildungspolitik voranzutreiben, so Mayer zu den Aussagen des grünen Bildungssprechers Walser.

Der SPÖ-Bildungssprecher gibt Walser recht, dass in Vorarlberg noch nicht alle Inhalte des Reformkurses von Ministerin Schmied erfüllt sind. Aber, Walser, bis vor kurzem noch selbst AHS-Direktor in Vorarlberg, habe keinerlei erkennbare Initiativen für eine Zusammenführung von Gymnasien und Hauptschulen gesetzt. In diesem Sinne seien die Vorwürfe zu bewerten. "Die Umsetzung der Reformen ist nicht 'von heute auf morgen' möglich, aber die ersten wichtigen Schritte im Aufholprozess an Österreichs Schulen sind getan. Diesen Weg müssen wir alle gemeinsam und entschlossen weitergehen", so Mayer abschließend.

SPÖ-Express 06.02.2009

Was geschah im Februar 1934?

Vor 75 Jahren – im Februar 1934 – holte das austrofaschistische Regime unter dem „christlichsozialen“ Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zum finalen Schlag gegen die linke ArbeiterInnenbewegung aus. Bereits im Vorfeld wurden sämtliche Schritte unternommen, die den Weg zur faschistischen Diktatur ebneten. So wurden bereits Rede-, Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit beseitigt, Polizei wie faschistische Banden griffen immer öfter zu Gewalt gegenüber in Gewerkschaft und Sozialdemokratie organisierten ArbeiterInnen und Jugendlichen.

Am 12. Februar wollte der Staat, der sich hauptsächlich am italienischen Faschismus orientierte, der ArbeiterInnenklasse endgültig das Rückgrat brechen. Militär, Polizei und die faschistische „Heimwehr“ begannen in Linz damit, die Lokale der ArbeiterInnenbewegung zu räumen – und trafen auf antifaschistischen Widerstand. Wie ein Flächenbrand breitete sich der Kampf auf alle maßgeblichen Industriezentren Österreichs aus. Der österreichische Bürgerkrieg begann - und wurde mit aller Härte geführt. Widerstandskämpfer, die gefangen genommen wurden, wurden standrechtlich zum Tode verurteilt – dies entsprach einem ausdrücklichen Wunsch von Kanzler Dollfuß. In Wien ging der Staatsapparat sogar so weit, Gemeindewohnbauten mit Artillerie zu beschießen.

Da jedoch die Sozialdemokratie kein Konzept hatte, wie der Kampf geführt werden sollte und es bereits in der Vergangenheit vermieden hatte, sich auf eine derartige – an sich voraussehbare – Situation vorzubereiten, lief der Widerstand unkoordiniert ab und war ausschließlich der Initiative entschlossener ArbeiterInnen und Jugendlicher zu verdanken. Dem gut koordinierten Apparat aus Militär, Polizei und faschistischen Banden hatte der Widerstand schlussendlich dennoch nichts entgegenzusetzen und unterlag nach nur wenigen Tagen.

Das eigentliche Blutgericht sollte jetzt erst beginnen. Vielen ArbeiterInnen wurde der (kurze) Prozess gemacht – sie wurden sofort zum Tode verurteilt. Zwei Aktivisten des Republikanischen Schutzbundes – der antifaschistischen militärischen Einheit der Sozialdemokratie – wurden trotz ihrer schweren Verwundungen noch mit der Bahre zum Galgen getragen.

Im Februar 1934 wurde in Österreich die ArbeiterInnenbewegung endgültig zerschlagen. Was schon Jahre zuvor begann, wurde hier vollendet. Kanzler Dollfuß baute in Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, den Unternehmerverbänden, den faschistischen Heimwehren und dem italienischen Faschismus seinen antidemokratischen „Ständestaat“ auf. Als einige Jahre später die Nazis Österreich ans Deutsche Reich angliederten, gab es in der Gesellschaft keine Kraft oder Organisation mehr, die sich dagegen wehren hätte können. Der Widerstand des Austrofaschismus gegen den Faschismus aus Deutschland war teils nur halbherzig, hauptsächlich überhaupt nicht gegeben – so bedeutete für viele österreichische Faschisten der Nationalsozialismus einen möglichen Karrieresprung.

Bundeskanzler Dollfuß wird in den Reihen der ÖVP trotz alledem nach wie vor als Held gefeiert. In der Geschichtsschreibung der ÖVP gilt Dollfuß als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, weil er von einem Nazi ermordet wurde. Dabei wird bewusst verschwiegen, dass der einzige Grund für Dollfuß' Ablehnung des Nationalsozialismus in seiner Orientierung auf den italienischen Faschismus lag. Und dies auch nur, weil dieser im Gegensatz zum Nationalsozialismus dem österreichischen Staat sein Existenzrecht nicht absprach.

Auch in Vorarlberg hat sich die ÖVP nie von ihrem faschistischen Erbe distanziert. So werden beispielsweise Auslandsstipendien für VorarlbergerInnen von der sogenannten „Dr. Otto Ender Stiftung“ verwaltet. Otto Ender war bis Mitte 1934 Landeshauptmann von Vorarlberg, pflegte gute Kontakte zu Engelbert Dollfuß und führte Jahrelang den Vorarlberger Ableger der faschistischen Heimwehren an, der hier „Heimatschutz“ hieß. Bereits 1927 hetzte er diese Truppe gegen streikende Vorarlberger ArbeiterInnen. Im Jahr zuvor hatte er rechtswidrig zur Zensur gegriffen und die Aufführung des sowjetischen Revolutionsfilms „Panzerkreuzer Potemkin“ in Vorarlberg verboten. 1933 meinte er mit einem Blick nach Deutschland: „Was gesund ist am Hitlertum, wollen wir aufgreifen ...“. Bis heute wird dieser Otto Ender von der Vorarlberger Landesregierung als ehrenwerte Persönlichkeit gehandelt.

Wir möchten am Jahrestag des Ausbruchs des Bürgerkrieges an die Opfer in den Reihen des antifaschistischen Widerstands erinnern – an all die mutigen kampfbereiten Frauen und Männer, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus verloren haben.

Gleichzeitig wollen wir in Vorarlberg, dieser Hochburg der ÖVP, auf die Verbrechen ihrer Vorgängerpartei aufmerksam machen und mit einem Fackelzug ein deutliches Zeichen gegen Faschismus und Geschichtsrevisionismus setzen.

Quelle: Sozialistische Jugend Vorarlberg

SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster

SPD-Ortsverein wählt Gemeinderatskandidaten

Luschkowski:

**„Unser starkes Team bürgt für
geballte Kompetenz“**

BIBERACH (zel) - Der SPD-Ortsverein hat jetzt zur Gemeinderatswahl am 7. Juni die Kandidatenliste für den Wahlbezirk Biberach-Kernstadt verabschiedet. An der Spitze kandidiert Fraktionschefin Gabriele Kübler erneut, gefolgt von weiteren fünf bisherigen Gemeinderatsmitgliedern. Stadträtin Kristel Butt-schardt will sich künftig auf ihre Kreistagsarbeit konzentrieren.

Die Berufe der Kandidaten reichen von Professor, Ingenieur und Arzthelferin über Lehrerin, Polizist, Rektorin und Student bis zu Familienmanagerin, Pfarrer, Mechanikermeister und Betriebswirt. "Unser starkes Team bürgt für geballte Kompetenz und gewährleistet bei entsprechender Stimmenstärke eine optimale Umsetzung unseres Wahlprogramms", freute sich der Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Roland Luschkowski, nachdem alle Kandidaten einstimmig bei höchstens zwei Enthaltungen von der Mitgliederversammlung bestätigt worden waren. "So können wir die erfolgreiche Arbeit der Gemeinderatsfraktion fortsetzen und unsere Vorhaben ins Gremium einbringen." Als Beispiele dafür nannte er unter anderem einen nutzerfreundlicheren öffentlichen Nahverkehr mit besseren Taktzeiten, mehr energiesparenden und bezahlbaren Wohnraum, Kriminalitätsvorbeugung durch mehr Jugend- und Schulsozialarbeit oder das Schaffen von Räumen für musikbegeisterte Jugendliche. Sieben Kandidaten auf der SPD-Liste gehören keiner Partei an, acht sind Frauen. Einer ist Brite, denn seit einigen Jahren dürfen bei Kommunalwahlen alle EU-Bürger wählen und gewählt werden. Insgesamt hat die Liste 21 Plätze, so viele, wie in der Kernstadt Gemeinderatssitze zu vergeben sind. Weitere fünf Sitze entfallen auf die Wahlbezirke Rißegg/Rindenmoos (zwei), Mettenberg, Ringschnait und Stafflangen (je ein Sitz). Die Kandidatenlisten für die Teilorte will die Biberacher SPD im März endgültig festlegen.

Die Kandidaten für Biberach-Kernstadt in alphabetischer Reihenfolge: Karl Achberger, Mona Baumli, Heinz Bork, Heidrun Drews, Christine Frey, Celil Genc, Wolfgang Heinzl, Gerlinde Hepp, Monika Holl, Michael Höschle, Thomas Jörger, Christine Kapfer, Lutz Keil, Gabriele Kübler, Franz Lemli, Anton Nuding, Martin Schubert, Berthold Seeger, Hannelore Seidl, Chris Shaw, Benjamin Witte und als Ersatzkandidatin Sandra Lachenmayer.

09.02.2009

Wolfgang Heinzl

Wiedersehen macht Freude MdB Martin Gerster (SPD) begrüßt geplante Rückkehr zur alten Pendlerpauschale

Biberach (age) – Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster (SPD) begrüßt den von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück angekündigten Vorstoß, die alte Pendlerpauschale wieder einzuführen. „Gerade in unserer Region sind viele Menschen auf das Auto angewiesen“, so Gerster: „Ich halte deshalb eine rückwirkende und unbefristete Wiederherstellung der alten Pauschale für richtig.“

Steinbrücks Gesetzesinitiative beinhaltet, dass die alte Pendlerpauschale von 30 Cent rückwirkend zum 1. Januar 2007 wieder für die gesamte Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte eingeführt wird. Über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus können auch höhere Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel steuerlich geltend gemacht werden. Außerdem ist vorgesehen, dass Steuerpflichtige, die aufgrund der geänderten Rechtslage keine Fahrtkosten beim Finanzamt angegeben haben, innerhalb einer einmonatigen Einspruchsfrist eine Änderung ihres Steuerbescheids beantragen können. Durch diese Regelung werden Benachteiligungen bei den Steuerpflichtigen vermieden, die sich nach der geänderten Rechtslage gerichtet haben.

Gerster, der seit 2007 Mitglied des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag ist, hofft, dass nun auch die Union die Initiative des Bundesfinanzministers unterstützt: „Alles andere wäre ein falsches Signal für unsere Pendlerinnen und Pendler, die in Zeiten der Krise dringend auf Entlastungen angewiesen sind.“

Berlin, 12.02.2009

Alexander Geisler, M.A.

SPD-Landesparteitag:

Martin Gerster holt sicheren Listenplatz 13

SINGEN - Der Biberacher SPD-Abgeordnete Martin Gerster zieht bei der Wahl im September wohl wieder in den Bundestag ein. Die Delegierten wählten den 37-Jährigen beim Landesparteitag am Samstag in Singen mit großer Mehrheit auf Listenplatz 13, der als absolut sichere Fahrkarte nach Berlin gilt. 2005

hatten die ersten 23 Bewerber der SPD-Landesliste den Sprung ins Parlament geschafft. Bei seiner ersten Kandidatur lag Gerster damals noch auf Platz 20.

Mit 100 Prozent Ja-Stimmen war Martin Gerster bereits im Juni letzten Jahres von den Parteimitgliedern zum Kandidaten der SPD im Wahlkreis Biberach für die Bundestagswahl nominiert worden. Am Vorabend des Parteitags in Singen beschlossen Landesvorstand und das Parteipräsidium in nicht-öffentlichen Sitzungen, Martin Gerster beim Parteitag für Listenplatz 13 vorzuschlagen - ein Platz, der selbst bei einem extrem schlechten Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl für ein Mandat reichen dürfte und daher äußerst begehrt ist. Sebastian Weigle, SPD-Bundestagsbewerber aus dem Nachbarwahlkreis Reutlingen, wagte eine Gegenkandidatur, unterlag aber gegen den Biberacher Amtsinhaber letztlich deutlich.

In seiner rund fünfminütigen Parteitagsrede warb Gerster, die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise für Investitionen in Bildung und Umwelt zu nutzen und die sozial Benachteiligten etwa durch die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen mehr zu unterstützen. Außerdem kündigte der Biberacher an, im Bundestag weiter eine Lanze für Sportvereine und das ehrenamtliche Engagement zu brechen und Rechtsextremismus mit allen Mitteln zu bekämpfen. Gerade Sozialdemokraten hätten hier eine historische Verantwortung.

Als Fürsprecher konnte der Biberacher den SPD-Fraktionschef im Landtag, Claus Schmiedel, gewinnen, der Gerster am Rednerpult als „Leuchtturm der Sozialdemokratie“ in Oberschwaben bezeichnete und dessen Engagement und Vor-Ort-Präsenz im Wahlkreis lobte. Mit 233:75 fiel das Votum der SPD-Delegierten deutlich zugunsten Gersters aus, der mit Platz 13 der Landesliste das Ticket nach Berlin in den nächsten Deutschen Bundestag sicher haben dürfte.

„Das ist der beste Listenplatz, den je ein Bewerber aus Biberach beim SPD-Parteitag bekommen hat. Er gibt der SPD in Oberschwaben Rückenwind für den Bundestagswahlkampf im Spätsommer“ strahlte der Biberacher nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in der Stadthalle Singen, „über kurz oder lang will ich aber im Wahlkreis Biberach das Direktmandat gewinnen und hoffe dabei auf die Unterstützung vieler Wähler im September.“

Alle Ergebnisse des Listenparteitags sind im Internet zu finden unter der Adresse

http://www.spd-bw.de/index.php?mod=content&menu=110&page_id=7833.

16.02.2009

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Martin Gerster, MdB

Auch Sportstätten profitieren vom Konjunkturpaket

(Berlin) Zur Sportstättenförderung im Rahmen des Konjunkturpaketes erklärt der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster:

„Das Konjunkturpaket II bringt gute Nachrichten für unsere Sportvereine. Jetzt können auch Mittel für die Sanierung und Renovierung von Sportstätten beantragt werden.“ Daher empfiehlt Gerster die Sportvereine und Gemeinden im Kreis Biberach und Ravensburg auf, schnellst möglich den Bedarf zu ermitteln.

Martin Gerster: „Ich bin sehr froh, dass wir im Rahmen des Konjunkturpakets II auch für die Sportstätten in der Region Mittel zur Verfügung stellen können. Nun ist es an den Vereinen und Gemeinden, möglichst schnell den Sanierungs- und Renovierungsbedarf sowie evtl. geplante Neubaumaßnahmen zusammen zu stellen.“ Denn nur so können die Mittel aus dem Paket auch für die regionalen Sportvereine nutzbar gemacht werden.

Angesichts des enormen Investitionsbedarfs bei der Sportinfrastruktur hat der Sportausschuss beschlossen, auch den Sportstättenbau im Rahmen des Konjunkturpaketes besonders zu fördern. Speziell das Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (ZuInvG) unterstützt den Neubau, die Erweiterung und den Umbau von Sportstätte. Zu den Sportstätten sollen hierbei unter anderem zählen: Sportplätze, Sporthallen, Hallen- und Freibäder, spezielle Anlagen für einzelne Sportarten, Funktionsgebäude und –räume, Gymnastik-, Konditions- und Krafttrainingsräume, sowie Sozialräume.

Die Förderung von Neu-, Umbau und Erweiterung von Sportstätten im Rahmen des Konjunkturpaketes führt neben den erwünschten konjunkturellen Effekten zu einer langfristigen Verbesserung der Situation der Sportstätten und damit zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Denn in Deutschland besteht im Bereich der Sportstätten ein umfassender Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Der Deutsche Olympische Sportbund geht von einem sportstättenbezogenen Investitionsbedarf von mindestens 42 Milliarden Euro aus.

Berlin, 12.02.2009

Oliver Stegemann

Termine:

05.03.2009

Kreisdelegiertenkonferenz:

Kreistagswahlprogramm

im Hotel Krone, Roggenbeuren,
Deggenhausertal
19:00 Uhr

30.03.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr
parteiöffentlich

02.04.2009

Kreisdelegiertenkonferenz mit Neuwahlen im Kreisverband

parteiöffentlich

09.04.2009

Evelyne Gebhardt in Friedrichshafen

11.05.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Parteiöffentlich

Rechtsextremismus

Strategiepapier gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Renate Gradistanac, MdB, hat ein fünfseitiges Strategiepapier zugesandt. Es ist über den folgenden Link herunterzuladen:

<http://www.aghaa.de/spd-ueberlingen/presse/strategiepapierrechts.pdf>



Norbert Zeller

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreisbüro Friedrichshafen
Moltkestraße 10 | 88045 Friedrichshafen
Telefon 075 41 / 3 2250 Fax 075 41 /75553
norbert.zeller@spd.landtag-bw.de
www.norbert.zeller.de

Fachgespräch und Diskussion zum aktuellen Bildungsthema:

ZUKUNFT DER (HAUPT-)SCHULE? Bessere Bildung für alle durch längere gemeinsame Lernzeiten!

Sie sind herzlich eingeladen!

Am Montag, 2.März 2009, 19:30 Uhr,
Gemeindezentrum St. Gallus, Saal 4,
Wilhelmstraße 11, 88069 Tettng

Impulsreferat

Norbert Zeller, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag von Baden-Württemberg

Auf dem Podium

- Norbert Zeller MdL
- Rudi Bosch, „Hauptschulrebe]]“ und Vorsitzender des Vereins Länger-gemeinsamlernen-Baden-Württemberg e.V.
<http://wlvw.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de>
- Alexandra Jelitte von Ow, Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis
- Birgit Butt, Gemeinderätin, Tettng

Moderation

Jürgen Mack, Seminarschulrat, Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (GHS), Meckenbeuren

Im Anschluss öffentliche Diskussion



Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Ortsverein Tettng
Für mehr Gerechtigkeit
Seit 1870

Veranstalter Norbert Zeller, MdL

SPD-Ortsverein Tettng (V.i.S.d.P. Olaf E. Jahnke)

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Bodenseekreis (Kreisvorsitzender Jochen Jehle)
und
Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/21012
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Franz Müntefering:	www.spd.de	Pressemitteilungen SPD (Bund)
Beranek:	www.spd.de	
SPD Bundestagsfraktion:	REDAKTION@SPDFRAKTION.DE	
Elke Ferner:	pressestelle@spd.de	
Dr. Roland Peter, Pressesprecher:	roland.peter@spd.landtag-bw.de	
Europa-Aktuell 2-2009:		
Evelyne Gebhardt, MdEP:	Gebhardt@europarl.europa.eu	
Ludwig Dorner:	Rotes.Fuechsle@t-online.de	
Norbert Zeller, MdL:	norbert.zeller@spd.landtag-bw.de	
Renate Gradistanac, MdB:	renate.gradistanac@bundestag.de	
SP CH:	http://www.sp-ps.ch/	
Peter Olibet, Parteisekretär:	kantonalpartei@sp-sg.ch	
Ariana Krizko (SP St.Gallen):	krizko@sp-sg.ch	
Edith Graf-Litscher, NR	edith.graf@bluewin.ch	
Hubert Lötsch:		
SPÖ-Express:	hubert.loetsch@spoe.at	
Sozialistische Jugend Vorarlberg:	http://www.sj-vlbg.at/	
Büro Martin Gerster, MdB:	Martin.Gerster.wk08@wk.bundestag.de	
Wolfgang Heinzl:	Wolf99maci@aol.com	
Alexander Geisler, M.A.,		
Oliver Stegmann:	martin.gerster.ma02@bundestag.de	
Olaf E. Jahnke:	jahnke@komintext.de	
Scott Kempf	sckempf@yahoo.com	

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de